vinetur

Alcohol Action Ireland: Branchenbericht soll irische Warnhinweise zu Fall bringen

Die Verlagerung des Streits nach Brüssel könnte ein verzögertes Gesetz ausbremsen, das Warnhinweise zu Krebs und Lebererkrankungen auf Flaschen und Dosen vorschreibt, so die Organisation.

Mittwoch, 11. November 2026



Alcohol Action Ireland hat am Dienstag, dem 10. November, einen von der Branche unterstützten Wirtschaftsbericht scharf kritisiert. Die Studie werde genutzt, um den Streit um die geplanten irischen Gesundheitswarnhinweise für Alkohol neu zu entfachen und auf die Ebene der Europäischen Union zu verlagern, wo die Maßnahme nach Ansicht der Organisation auf unbestimmte Zeit ins Stocken geraten könnte.

Im Mittelpunkt des Streits steht ein kürzlich von Indecon im Auftrag von Drinks Ireland veröffentlichter Bericht. Drinks Ireland ist die Ibec-Gruppe, die Alkoholhersteller vertritt. Demnach hob der Bericht den Steuerbeitrag der Branche hervor, darunter 1,2 Milliarden Euro an Verbrauchsteuern und 1,4 Milliarden Euro an Mehrwertsteuer, sprach sich aber dafür aus, die Kennzeichnung von Alkohol auf EU-Ebene statt im Rahmen des irischen nationalen Gesetzes zu regeln.

Alcohol Action Ireland, eine unabhängige Interessenvertretung, die sich für die Verringerung alkoholbedingter Schäden einsetzt, erklärte, dieser Ansatz würde den irischen Public Health (Alcohol) Act untergraben. Das Gesetz schreibt verpflichtende Gesundheitsinformationen auf Alkoholprodukten vor, die im Land verkauft werden. Die Kennzeichnung sollte am 22. Mai in Kraft treten, wurde nach Angaben der Organisation aber infolge von Lobbyarbeit der Alkoholbranche auf September 2028 verschoben.

In einer Stellungnahme erklärte Sheila Gilheany, Geschäftsführerin von Alcohol Action Ireland, der von der Branche finanzierte Bericht berücksichtige nicht die umfassenderen gesellschaftlichen Kosten des Alkoholkonsums. Sie verwies auf Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation, wonach alkoholbedingte Schäden bis zu 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen können. Für Irland entspräche das rund 15 Milliarden Euro, wenn Gesundheits- und Sozialversorgung, Produktivitätsverluste am Arbeitsplatz sowie Kosten des Justizsystems eingerechnet würden.

Gilheany erklärte außerdem, diese Zahlen erfassten weitere Schäden nicht, darunter die Auswirkungen auf Familien und die Kosten im Zusammenhang mit der fetalen Alkoholspektrumstörung, einer lebenslangen neurologischen Entwicklungsstörung infolge von Alkoholexposition vor der Geburt. Irland weise weltweit die dritthöchste Rate dieser Störung auf, sagte sie; betroffen sein könnten bis zu 7,4 Prozent der Bevölkerung.

Im Kern geht es bei dem politischen Streit um die Frage, ob Irland sein eigenes Gesetz zu Warnhinweisen weiter vorantreiben oder auf einen gemeinsamen europäischen Rahmen warten soll. Alcohol Action Ireland argumentiert, eine Verlagerung der Angelegenheit nach Brüssel würde die irischen Vorschriften in der Praxis verzögern oder zu Fall bringen, da es in der EU keine harmonisierten Rechtsvorschriften gibt, die Gesundheitswarnungen auf Alkohol vorschreiben, und sich die Branche seit Langem gegen strengere Kennzeichnungsvorgaben stellt.

Gilheany sagte, die Empfehlung des Berichts, die Kennzeichnung auf europäischer Ebene zu regeln, sei „der erste Schuss“ eines erneuten Versuchs, das irische Gesetz zu Fall zu bringen. Alkoholhersteller versuchten, die Debatte in ein Forum zu verlagern, in dem eine Einigung schwerer zu erreichen sei und in dem Lobbyarbeit frühere Bemühungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit geschwächt habe, argumentierte sie.

Als Beispiel für eine Initiative im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die ihrer Ansicht nach unter dem Druck der Branche abgeschwächt wurde, verwies die Organisation auf den 2021 gestarteten Europäischen Plan zur Krebsbekämpfung. Diese Vorgeschichte mache sie besonders skeptisch gegenüber jedem Versuch, die Entscheidungsfindung vom irischen Recht weg in breitere Verhandlungen auf EU-Ebene zu verlagern, erklärte Alcohol Action Ireland.

Die Frage ist nicht nur für die Gesundheitspolitik von Bedeutung: Sie könnte auch die Kennzeichnung und die Kosten für die Einhaltung der Vorschriften für Wein-, Bier- und Spirituosenhersteller beeinflussen, die ihre Produkte nach Irland verkaufen. Zugleich könnte sie die breitere Debatte darüber prägen, ob Gesundheitswarnungen für Alkohol EU-weit harmonisiert oder den nationalen Regierungen überlassen werden sollten. Für Getränkeunternehmen könnte der Ausgang Folgen für Verpackungsentscheidungen und Exportanforderungen haben und dazu führen, dass verschiedene Mitgliedstaaten unterschiedliche Vorschriften erlassen.

Alcohol Action Ireland äußerte sich zudem besorgt über Äußerungen, die der irische Landwirtschaftsminister Martin Heydon nach Angaben der Organisation von seinem italienischen Amtskollegen Francesco Lollobrigida zugeschrieben wurden. Demnach soll

Irland bereits beschlossen haben, die Kennzeichnungsfrage auf die europäische Ebene zu verlagern. Ein solcher Schritt wäre ein erheblicher Rückzug von einem Gesetz, das das irische Parlament bereits verabschiedet hat, erklärte die Organisation.

Die irischen Kennzeichnungsvorschriften haben international Aufmerksamkeit erregt, weil sie Gesundheitsinformationen auf Flaschen und Dosen vorschreiben würden, darunter Warnhinweise auf den Zusammenhang zwischen Alkohol und Lebererkrankungen sowie tödlichen Krebserkrankungen. Befürworter sagen, die Hinweise würden Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Kauf klare Informationen bieten. Branchenverbände argumentieren, solche Anforderungen sollten im EU-Binnenmarkt einheitlich sein.

Alcohol Action Ireland zufolge waren bereits vor dem geplanten Inkrafttreten des Gesetzes in einigen irischen Geschäften Produkte mit Gesundheitswarnhinweisen erhältlich, da sich Hersteller auf die Vorgaben vorbereiteten. Die Organisation verwies auf eine aktuelle Studie zur frühen Wahrnehmung der Hinweise. Demnach gaben zwei von fünf Personen, die sie gesehen hatten, an, die Informationen hätten sie dazu gebracht, über die Auswirkungen von Alkohol auf die Gesundheit nachzudenken. Eine von vier Personen sagte, sie habe bei diesem Einkauf beschlossen, weniger oder gar keinen Alkohol zu kaufen.

Die Organisation führte diese Ergebnisse als Beleg dafür an, dass Kennzeichnungen das Verbraucherverhalten verändern können, und erklärte, dies sei ein Grund für den Widerstand der Branche. Gilheany sagte, führende Hersteller hätten Gesundheitsinformationen auf Etiketten als Gewinnrisiko bezeichnet. Die Branche werde den Bericht von Indecon und Drinks Ireland wahrscheinlich in Gesprächen mit der Regierung nutzen, wenn die Frist im September 2028 näher rücke.

Der jüngste Schlagabtausch setzt die irische Regierung weiter unter Druck – sowohl vonseiten der Befürworter des öffentlichen Gesundheitsschutzes als auch der Getränkeindustrie. Die Maßnahme wurde bereits einmal verschoben. Das Gesetz ist weiterhin in Kraft, doch der Streit darüber, ob Irland eigene Warnhinweise einführen oder eine EU-weite Lösung anstreben wird, ist noch lange nicht beigelegt.